

USA 813

16. Aug 77

Schwere TransformatorenFall Brown Boveri / USA

8/9

1. Export nach USA

<u>Jahr</u>	<u>in Mio \$</u>
1968	4,7
1969	5,0
1970	2,9
1971	2,0
1972	1,8
1973	2,0
1974	1,0
1975	0,5
1976	0,9

2. Tatbestand

Der Fall ist über 7 Jahre alt. Im März 1970 reichte die Firma Westinghouse beim Treasury Department, Bureau of Customs, ein Gesuch um Prüfung der Importe von schweren Transformatoren unter dem Antidumping-Gesetz ein. "Summary Investigations" wurden durchgeführt über die entsprechenden Einfuhren aus Frankreich, Italien, Grossbritannien, Japan, Schweden (wurde bald darauf eingestellt) und der Schweiz. Der Firma BBC, der auch die MFO und Sécheron angehören, als einzige schweizerische Lieferantengruppe, sandte das Treasury Department einen ersten Fragebogen. Die BBC hatte sich von Anfang an grundsätzlich zur Kooperation bereit erklärt. Da das Bureau of Customs durch diesen Fall in seiner Urteilsfähigkeit dermassen überfordert wurde, war die Jahre hindurch immer wieder von neuem eine Mitarbeit der BBC erforderlich, was der Firma einen Arbeitsaufwand und Kosten brachte, die in keiner Relation zum Ausgang der Untersuchung stehen. Als NTB ersten Ranges hat die Untersuchung und die Ungewissheit über die Höhe des künftigen Dumpingzolls die Verkaufsmöglichkeit der BBC für schwere Transformatoren in USA abgewürgt.

- 2 -

Wir sahen uns erstmals am 4. Mai 1971 veranlasst, durch die Botschaft in Washington bei Herrn Robert Beaudry im Staatsdepartement unsere Bedenken hinsichtlich der mangelnden Objektivität, mit der die Untersuchung geführt wurde, auszudrücken. (Die BBC hatte festgestellt, dass die amerikanische Klägerfirma durch ihr Lobby Zugang zu den Dossiers des Bureau of Customs zu erhalten versuchte.) Die BBC (vertreten durch Anwalt Honey, vom Bureau Barnes, Richardson & Colburn) erfuhr, dass das Bureau of Customs unrichtige Vergleichsmethoden angewendet und rechnerische Fehler begangen hatte. Sie musste befürchten, dass das Treasury ein "Withholding of Appraisement" auf Grund eines fehlerhaften Dossiers verfügen werde, weshalb unsere Botschaft am 28. Juni 1971 ein zweites Mal intervenieren musste (bei Herrn Matthew Marks, Office of Tariff and Trade Affairs, Treasury Dept.). Das "Withholding of Appraisement" wurde Ende Oktober 1971 bekanntgegeben.

Assistant Secretary of the Treasury Eugene Rossides verkündigte sodann am 20. Januar 1972, dass schwere Transformatoren aus der Schweiz, Frankreich, Italien, Grossbritannien und Japan unter dem "fair value" im Sinne des Antidumping-Gesetzes von 1921 verkauft worden seien ("Affirmative Determination"). Dieser folgte am 20. April 1972 das "Finding of Injury" der Tarifkommission (that an American industry is being, or is likely to be, injured). Das Dossier ging sodann, wie es das Gesetz vorschreibt, zurück zum Secretary of the Treasury, zwecks Festsetzung des Dumpingzollens.

Dazu ist es bis heute, also während einer Zeitspanne von 5 Jahren, nicht gekommen. Das Schatzamt hat sich wohl deshalb zu diesem Entscheid nie durchringen können, weil es sich bewusst war, dass die BBC nicht gedummt hatte. Zwar beantragte das Bureau of Customs, für die Fixierung des Dumpingzollens 5 Fälle von Transformatorenlieferungen der BBC nach den USA aus den Jahren 1969-1971 heranzuziehen. Das Schatzamt entschied aber im

Sommer 1975, einen "neutralen" Experten des Army Corps of Engineers zu beauftragen, das Dossier mit Bezug auf die technischen Vergleichszahlen zu verifizieren. Bei zwei der fraglichen Verkäufe kam der Experte nach Monaten zum Schluss, dass kein Dumping vorliegt, bei zwei fand er nur eine sehr kleine Dumpingmarge, im fünften Fall dagegen eine sehr grosse Marge zu Ungunsten von BBC. Dem Anwalt von BBC gelang es, vom Customs Service eine Kopie der Berechnungen des Experten zu erhalten. Eine Ueberprüfung seiner Kalkulationen ergab, dass ihm grosse Ueberlegungsfehler unterlaufen waren. Der Experte gab später einen Teil seiner Fehler zu und BBC konnte erwirken, dass das Dossier vom Custom Service (ehemals Bureau of Customs) wiederum von Grund auf überprüft werde. (Neue Berechnungen; nochmals grosser Aufwand der BBC, Auskünfte beizubringen.)

3. Letzte Entwicklung und Ausgangslage für die heutige Beurteilung

Am 16. Juli 1976 veröffentlichte das Treasury Department im Federal Register die beiliegende Notiz, mit der es bekanntgab, es beabsichtige, das "Finding of Dumping with respect to large power transformers from Switzerland" zu widerrufen. Das Treasury forderte alle an diesem Fall interessierten Parteien auf, ihre Kommentare zu einem solchen Widerruf bis zum 16. August 1976 einzureichen. Diese Frist wurde benützt vom Anwalt der ursprünglichen Klägerfirma Westinghouse und vom Anwalt der sie sekundierenden General Electric.

Laut Auskunft des Treasury Department sind die beiden Eingaben an den Commissioner of Customs für das Schatzamt kein Hindernis, den Widerruf vorzunehmen, weil die beiden Schreiben kein Beweismaterial zur Stützung der Dumpingklage enthielten. Der Fall stand also im Spätsommer des letzten Jahres vor einem glücklichen Abschluss.

- 4 -

Das Pech wollte es, dass im gleichen Zeitpunkt ein Zollbeamter im Hafen von New Orleans feststellte, er habe in Befolgung einer früheren Umfrage des Customs Service im konkreten Dumpingfall vergessen, drei Transformatorenlieferungen der BBC aus der Schweiz nach USA vorschriftsgemäss nach Washington zu melden. Das Schatzamt entschied, weil die BBC in den Antidumpingfall verwickelt sei, müssten diese drei Importe nachträglich überprüft werden. Als Folge davon begann nochmals eine Phase der Kontaktnahme mit BBC. Sie musste auch hier wieder detaillierte Unterlagen beibringen und Rückfragen beantworten. Ende März 1977 war das vollständige Dossier bereitgestellt. Darauf entschied das Treasury Department, dass auch dieses Dossier einem "neutralen Experten" des Army Corps of Engineers zur Ueberprüfung überlassen werden müsse. Das Dossier befindet sich zurzeit bei diesem Experten. BBC teilt uns mit, dass die Berechnungen kein Dumping ergeben haben und ihrer Ansicht nach die Verifikation durch den Experten demzufolge günstig ausfallen sollte.

Dem Telegramm der Botschaft Washington vom 12. Januar 1977 (Gespräch mit Miss Linda Potts, Tariff Affairs, Treasury Department) haben wir den folgenden Satz entnommen:

"Sofern die Untersuchungen der drei "vergessenen" Lieferungen in New Orleans kein Dumping ergäben, könne und werde Treasury Department das "Dumping Finding" widerrufen."

Wir hoffen, dass dieser Schritt nicht mehr lange auf sich warten lässt.

Wenn auch die Firma BBC trotz dieser Behandlungsweise optimistisch geblieben ist, möchte sie, dass den Amerikanern im gegebenen Moment vor Augen geführt wird, dass das ganze Verfahren nichts gefruchtet hat, weil die Klage auf unrichtigen Angaben basierte, während die amerikanische Verwaltung das Opfer ihrer

- 5 -

für diesen Fall ungeeigneten Gesetzgebung geworden ist. Während 7½ Jahren hat das Verfahren den Amerikanern und insbesondere der betroffenen Schweizerfirma grosse Kosten und einen riesigen Zeitaufwand verursacht. Eine wirklich bedauerliche Feststellung!

Beilage

16. August 1977

Krl/hi